

## Vorweg die Ukraine Berichte

Teile 12,11, 10, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1.

nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichte-Teil-12.pdf>

(**Tipp:** Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Button „gerade nicht“ klicken.)

### Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

[www.antjeundieter.de](http://www.antjeundieter.de)

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

## Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 13:

**.) Deutschland stellt sich gegen grünes EU-Label für Atomkraft :**

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energie-deutschland-stellt-sich-gegen-gruenes-eu-label-fuer-atomkraft/28340042.html> - **Gegen den Vorschlag der**

**EU-Kommission Atomkraft als nachhaltig einzustufen hat die Bundesregierung nun ein Veto einlegt. Im Juli stimmt das EU-Parlament über den Vorschlag**

**ab.** Handelsblatt, 14.05.2022 - 10:45 Uhr

**Brüssel/ Berlin:** Deutschland wird sich wie angekündigt gegen ein von der EU-Kommission vorgeschlagenes Nachhaltigkeitslabel für Atomkraft aussprechen. Die Bundesregierung habe der französischen Ratspräsidentschaft erklärt, ein Veto gegen den entsprechenden ergänzenden Rechtsakt einzulegen, teilte das Finanzministerium auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur in der Nacht zu Samstag mit. Wenn die EU-Staaten oder das Europaparlament Einwand erheben würden, könne verhindert werden, dass der Rechtsakt in Kraft tritt, so das Finanzministerium. Frankreich hat in Brüssel derzeit turnusgemäß den Vorsitz unter den EU-Staaten inne.

Bei der sogenannten Taxonomie geht es um ein Klassifizierungssystem für nachhaltige Investitionen. Die Einstufung von bestimmten Geldanlagen als nachhaltig soll Investoren anlocken, um die Energiewende voranzubringen. Bislang sind unter anderem erneuerbare Energien in der Taxonomie als klimafreundlich eingestuft. Die EU-Kommission hatte Ende 2021 trotz breiter Kritik zudem vorgeschlagen, Investitionen in Gas und Atomkraft übergangsweise als nachhaltige Geldanlagen einzustufen.

Der Europaabgeordnete Rasmus Andresen reagierte erfreut auf die Nachricht aus Berlin. „Das deutsche Nein ist eine Ohrfeige für die EU-Kommission. Der Druck auf Ursula von der Leyen, diesen Irrweg zu beenden, steigt“, sagte der Sprecher der Grünen-Delegation.

Die Grünen forderten nun auch andere Mitgliedsstaaten dazu auf, Einspruch gegen den Kommissionsvorschlag einzulegen. Im Juli soll das EU-Parlament über seine Position zum Vorschlag abstimmen.

**.) Regierung von Malawi unterstützt Wiederaufnahme der Uranproduktion in Kayelekera-Mine:** <https://www.nuklearforum.ch/de/news/regierung-von-malawi-unterstuetzt-wiederaufnahme-der-uranproduktion-kayelekera-mine> -

Die Regierung von Malawi teilte Lotus Resources mit, dass sie eine möglichst baldige Wiederaufnahme der Uranproduktion in Kayelekera unterstütze, so das Unternehmen. Mitglieder der Geschäftsleitung von Lotus Resources hatte den Bergbauminister und den Finanzminister von Malawi sowie den malawischen Netzbetreiber vor Ort getroffen, um die Wiederaufnahme des Projekt zu diskutieren. Zum Abschluss der Reise nahm Lotus Resources an Treffen mit anderen Interessengruppen teil, darunter Vertreter von lokalen Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen.

Eine rasche Wiederaufnahme der Uranproduktion sei realistisch, so die Lotus Resources. Das Unternehmen bemühe sich derzeit um ein aktualisiertes Minenerschließungsabkommen mit der Regierung von Malawi und sei «auf dem besten Weg, bis Mitte dieses Jahres eine endgültige Machbarkeitsstudie abzuschließen».

**.) Kampf dem deutschen Imperialismus** - <https://www.jungewelt.de/artikel/426578.der-krieg-soll-verflucht-sein-kampf-dem-deutschen-imperialismus.html> -

Podium zur Lage der Friedensbewegung und zum Charakter des Kriegs in der Ukraine - Gegenstand der Diskussion auf dem Abschlusspodium waren die Perspektiven des Widerstands gegen den deutschen Aufrüstungskurs. Einstimmigkeit herrschte unter den Teilnehmern, Sedat Kaya (DIDF-Jugend), Susann Witt-Stahl (Publizistin und Chefredakteurin von Melodie & Rhythmus), Lühr Henken (Friko Berlin) und Patrik Köbele (Bundesvorsitzender der DKP) darüber, dass die Friedensbewegung und linken Kräfte sich dem deutschen Imperialismus entschieden widersetzen müssen. Über dessen Charakter und über die Einordnung des russischen Angriffskriegs entfaltete sich eine spannende Kontroverse. Mehr unter der Mail.

### **.) Im Mahlwerk der Geopolitik – ak analyse & kritik :**

<https://www.akweb.de/2022/05/was-wollen-linke-in-der-ukraine-solidaritaets-delegation-in-lwiw/> -

Linke in der Ukraine wünschen sich internationalen Austausch – was wollen sie sonst noch? Ein Besuch bei Sozialist\*innen, Anarchist\*innen, Gewerkschafter\*innen und Feminist\*innen in Lwiw: Von [Jan Ole Arps](#), [Sebastian Bähr](#) und [Nelli Tügel](#)  
Vitaly Dudin (sitzend), Vorsitzender von Sotsialnyi Rukh, kritisiert die Einschränkung von Arbeitsrechten durch das Kriegsrecht. Der Eisenbahngewerkschafter Aleksandr Skiba will russische Soldaten »aufwiegel«n. Foto: Jan Ole Arps

An einem milden Frühlingsabend Anfang Mai heulen über Lwiw die Sirenen. Wir stehen vor einer Bar im Zentrum der Stadt, in der wir gerade noch mit Schweizer Trotzist\*innen, britischen Gewerkschafter\*innen und Aktivist\*innen aus der kleinen linken Szene der Ukraine ein Bier getrunken haben. Es wird langsam dunkel, aber die Straßen und Plätze sind noch voller Menschen. Die meisten ignorieren den Luftalarm. »Es ist sehr wichtig, dass diese internationalistische Delegationsreise stattfindet. Für uns ist sie wirklich von großer Bedeutung«, sagt Vitaly Dudin, einer unserer Gastgeber und Vorstand der linken Organisation Sotsialnyi Rukh, Soziale Bewegung, deren etwa 100 Mitglieder sich auf eine Handvoll Städte verteilen. »Wir verstehen uns als Internationalist\*innen, und wir vermissen den Austausch mit Linken aus anderen Ländern sehr.«

### **.) Leben und Sterben im Donbass :**

[https://odysee.com/@DruschbaFM:4/leben\\_und\\_sterben\\_im\\_donbass-\(1080p\):f](https://odysee.com/@DruschbaFM:4/leben_und_sterben_im_donbass-(1080p):f) - -

Dokumentarfilm des Filmemachers Wilhelm Domke-Schulz.

### **.) Arpo Auf dem Weg zur neuen Blockbildung rolle usa- eu russland plus China :**

<https://arbeiterpolitik.de/2022/05/nach-ueber-drei-jahrzehnten-auf-dem-weg-zur-neuen-blockbildung> -

NACH ÜBER DREI JAHRZEHNTE – AUF DEM WEG ZUR NEUEN BLOCKBILDUNG –  
gruß ulf

unsereweltclub, 22125 Hamburg, Postfach 730510

Email: [unsereweltclub@gmail.com](mailto:unsereweltclub@gmail.com)

„Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit.

Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung.

Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.“ Antonio Gramsci

Von einigen Tausend Schutzhelmen für die ukrainische Armee in Aussicht.

Mittlerweile wird die Lieferung von schweren Waffen, u. a. Panzerhaubitzen,

versprochen und ukrainische Soldaten werden in Deutschland ausgebildet. Würden die Soldaten stattdessen in der Ukraine an den Haubitzen von deutschem Personal ausgebildet, so wäre Deutschland, also ein Nato-Staat, förmlich-rechtlich an dem Krieg auf ukrainischer Seite beteiligt. Da die Ausbildung auf deutschem Boden erfolgt, gilt die Bundesrepublik als nicht-beteiligt.

Es mutet grotesk an, wie hier die politisch-faktische Kriegsbeteiligung der deutschen Regierung – und insgesamt der Nato – zur juristisch-fiktiven Nicht-Beteiligung verzaubert wird. Dies funktioniert, weil beide Kriegsparteien daran interessiert sind. Eine förmliche Nato-Beistandschaft für die Regierung der Ukraine würde das Risiko einer geographischen Ausweitung des Krieges ungeheuer steigern und den Einsatz nuklearer Waffen in greifbare Nähe rücken. Die Gefahr eines Dritten Weltkrieges läge damit nahe; daran kann die russische Seite kein Interesse haben. Aber auch die US-Regierung und ihre Nato-Verbündeten streben eine solche Auseinandersetzung derzeit jedenfalls nicht an, auch wenn sie militärisch und wirtschaftlich Russland offensichtlich überlegen sind.

Nach nun mehr als zwei Jahren der Corona-Pandemie bewirkt der Ukraine-Krieg für alle beteiligten Staaten eine erhebliche Steigerung der Staatsverschuldung – in Deutschland auch ohne Berücksichtigung des geplanten Sondervermögens für die weitere Aufrüstung der Bundeswehr. Mit dem Ergänzungshaushalt, der zusätzliche Ausgaben und wegfallende Einnahmen vor allem wegen des Ukraine-Kriegs vorsieht, steigt die Nettokreditaufnahme der Bundesregierung in diesem Jahr um 39,2 Milliarden auf fast 140 Milliarden Euro (FAZ, 28.4.2022).

Solange die EZB ihr Anleihekaufprogramm weiter betreibt und kaum Zinsen auf die Kredite fällig werden, ist das kein großes Problem. Aber es ist absehbar, dass die – eigentlich verbotene – Staatsfinanzierung, welche die EZB faktisch betreibt (und die juristisch dadurch bemäntelt wird, dass die EZB die Anleihen nicht direkt von den Staaten kauft, sondern auf dem Zweitkäufermarkt von Privatbanken), weniger attraktiv wird, wenn im Zuge der Inflationserwartungen höhere Zinsen verlangt werden. Darüber hinaus ist der Ukraine-Krieg für alle Staaten ein Inflationstreiber – direkt und indirekt. In seinem sehr informativen und materialreichen YouTube-Vortrag vom 22. April 2022 klärt Michael Lüders über die wirtschaftlichen Folgen dieser Auseinandersetzung auf.

(Der Vortragstext ist auf unserer Homepage nachzulesen [2].)

Umso wichtiger ist es zu klären, warum u. a. die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sich einmütig hinter die Politik, und insbesondere die Sanktionspolitik, der USA gegen Russland stellen. Einem Wort von Franz Mehring zufolge sind sich die herrschenden Klassen einer Gesellschaft – im Unterschied zu den beherrschten Klassen – stets ihrer gemeinsamen Interessen bewusst. Warum also opfern sie ihre wirtschaftlichen Vorteile, die ihnen der preisgünstige Bezug der energetischen und mineralischen Rohstoffe von Russland bringen, dem Bündnis mit der US-Wirtschaft,

die so gut wie keine Handelsbeziehungen mit Russland unterhält? Die Gründe können ganz sicherlich nicht ökonomischer Art sein. Die Verteuerung dieser Rohstoffe führen zwingend zu höheren Preisen und verschlechtern die Wettbewerbslage auf allen Märkten, wohingegen die US-Konzerne weiterhin günstigen Zugang zu Erdöl und Erdgas haben. Es liegt also nahe, den Hauptgrund in geostrategischen Interessen der maßgeblichen herrschenden Klassen in der EU zu suchen. Tatsächlich ist es für die in Brüssel vertretenen Regierungen eher von Vorteil, wenn sie einem vor allem militärisch geschwächten Russland gegenüber stehen, das nicht mehr Weltmacht, sondern bestenfalls Regionalmacht ist. Das hilft ein wenig, die zentrale Schwäche der EU-Staaten zu kompensieren, dass sie im Allgemeinen über keine gemeinsame Außen- und Militärpolitik verfügen. Stattdessen müssen sie in jedem Konfliktfall langwierig verhandeln, um Kompromisse zu finden. Die Schwächung des Staates mit der weltweit größten Landmasse, Russlands, stärkt somit die künftige Verhandlungsposition der EU mit welcher russischen Regierung auch immer. Das bliebe auch dann so, wenn wieder normale Wirtschaftsbeziehungen aufgenommen würden.

Wir hatten bereits in der Arpo 3-4/2019 [3] geschrieben, dass es das Interesse auch des deutschen Kapitals sein muss, die EU als seine wirtschaftliche Basis zusammenzuhalten. Dazu ist es aber alleine nicht in der Lage: „...die inneren Widersprüche in der EU treiben geradezu, mit einem äußeren Feind diese Widersprüche zu übertünchen und die EU zu vereinen. Der äußere Feind ist erst einmal Russland.“ Das erklärt die zurzeit vorherrschende Einigkeit in der EU und die Unterwerfung unter die US-Politik.

Dieses Szenario berücksichtigt allerdings nicht, dass die Ziele der US-Politik weiter gehen, als es den herrschenden Klassen in der EU lieb sein kann. Die wechselnden US-Regierungen haben in den letzten Jahren klargemacht, dass für sie die Auseinandersetzung mit dem Aufstieg Chinas zu einer Weltmacht – und dessen Verhinderung – im Zentrum ihrer Politik steht. Die Schwächung Russlands – militärisch und politisch – ist in diesem Zusammenhang ein Aspekt ihrer Politik, ebenso wie ihre Herrschaft über die Nato nach ihren Fiascos in Irak und Afghanistan. In diesem Punkt unterscheiden sich die geostrategischen Interessen der EU und der USA, die beide bedeutende Handelsbeziehungen mit China unterhalten. Auch wenn es seitens Frankreichs, auch unter der Präsidentschaft Macrons, immer wieder Versuche gab und gibt, die EU in Richtung eines föderativen Staatenverbunds zu entwickeln, so ist doch ein Kampf um die Position einer politisch-militärischen Weltmacht unter den gegenwärtigen Voraussetzungen wenig realistisch.

Die US-Regierungen konnten die russische Führung erfolgreich mit der Aufrüstung der Ukraine provozieren. Mit einem Militärbündnis mit Taiwan könnten sie jederzeit – analog des Ukraine-Abenteuers – eine kriegerische Auseinandersetzung mit China provozieren – das wissen sie und das weiß die ganze Welt. Es ist wohl nicht davon

auszugehen, dass die US-Regierung derzeit einen Dritten Weltkrieg vorbereitet. Aber ein solches Taiwan-Abenteuer mit anschließendem weltweiten Wirtschaftskrieg gegen China – so wie derzeit gegen Russland – würde die Welt faktisch erneut in zwei Blöcke spalten: Auf der einen Seite die „Bösen“ Russland, China, Iran; auf der anderen die „Guten“ USA, Japan, Australien und die europäischen Nato-Mitglieder. Daneben auch wieder ein Block der „Blockfreien Staaten“ Indien, Pakistan, afrikanische und nahöstliche Staaten.

Nach den Erfahrungen mit der Entfesselung des russisch-ukrainischen Krieges im Jahr 2022 ist ein solches Szenario durchaus denkbar. Es liegt im Interesse der lohnabhängigen Klassen und sicherlich auch Teilen der europäischen herrschenden Klassen, dass es zu einer solchen Entwicklung nicht kommt. Tatsächlich ist unter kapitalistischen Konkurrenzbedingungen schwer vorstellbar, dass sich die europäischen Bourgeoisien willentlich und freiwillig einer solchen US-Hegemonie ausliefern. Was hätten die USA ihnen denn zum Ausgleich für die russischen und vor allem die chinesischen Märkte anzubieten? Anders als zur Zeit der Sowjetunion gibt es keinen grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Gegensatz zwischen den Akteuren, wo die politischen die ökonomischen Interessen grundsätzlich überlagerten. So wird nun während des Krieges eine Einigkeit „des Westens“ propagandistisch beschworen. Nach seinem Ende werden die Risse wieder sichtbarer werden, die durch die unterschiedlichen Interessen gegeben sind. Die wahren Opfer des Krieges sind die lohnabhängigen Klassen auf beiden Seiten – die Kriegspropaganda der beteiligten herrschenden Klassen über die privaten und Staatsmedien, die in ihrer Hand sind, will diese Tatsache durch die Konstruktion von Feindbildern verdecken. Auch nach dem – momentan nicht absehbaren – Ende des Krieges werden die durch Kredite finanzierten Kriegskosten und die Kosten des Wiederaufbaus allein von den Lohnabhängigen bezahlt werden müssen – den (Rüstungs-)Konzernen die Profite, den Lohnabhängigen die Rechnungen. Unsere Forderung muss daher lauten: Schluss mit dem Krieg – keine weitere Osterweiterung der Nato – Finanzierung der Kosten durch Besteuerung der Reichen.

### **.) Deutschland, der Westen und die reaktionäre Internationale: eine Diskussion:**

Jörn Schulz (Jungle World) und Lars Quadfasel (HSB) sind sich einig in der Zurückweisung eines Antiimperialismus, der Russland als bloßes Opfer übler NATO-Machenschaften verteidigt. Wer in dieser Lage nicht bloß Propaganda betreiben will, sieht sich schnell mit einigen drängenden Fragen konfrontiert: Wie gut passt die Diagnose einer Konfrontation zwischen freiheitlich-westlichem Kapitalismus und Autokratie, die nach 9/11 in Bezug auf den Islamismus populär wurde, auf die Konfrontation in Osteuropa? Ist Russland unter Putin ein Antagonist des Westens oder vielmehr dessen gelehrigster Schüler – und steht ihm genau deswegen in Feindschaft gegenüber?

**.) BGE kauft Grundstücke für geplante Abfallbehandlungsanlage und**

**Zwischenlager:** <https://www.bge.de/de/aktuelles/meldungen-und-pressemitteilungen/meldung/news/2022/5/720-schachtanlage-asse/> -

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) hat in diesen Wochen nach intensiven Verhandlungen die noch ausstehenden Grundstücke nördlich der Schachtanlage Asse II erworben. Auf den Flächen des sogenannten Kuhlagers soll nach aktuellen Planungen die für die Rückholung notwendige Abfallbehandlungsanlage entstehen. Für das ebenfalls notwendige Zwischenlager werden mit den aktuellen Arbeiten keine unumkehrbaren Fakten geschaffen, wie das im Beleuchtungsprozess vereinbart worden ist.

**.) Eine Kapitulation, Peter Steiniger sieht in Schwedens Ja zur Nato einen historischen Fehler:** <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163838.nato-beitritt-eine-kapitulation.html>

- Unter der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Magdalena Andersson bricht Schweden mit der Tradition der militärischen Bündnisfreiheit. Die konservativen Moderaten von Ulf Kristersson arbeiteten schon länger darauf hin. *Text unter dem Link.*

**.) Wieviel Zeit bleibt uns noch ... // "Die Industrie führt einen Krieg gegen das Leben":** [https://www.francetvinfo.fr/monde/environnement/crise-climatique/video-l-agro-industrie-mene-une-guerre-au-vivant-et-a-la-paysannerie-des-etudiants-d-agroparistech-appellent-leurs-camarades-a-deserter\\_5131804.html](https://www.francetvinfo.fr/monde/environnement/crise-climatique/video-l-agro-industrie-mene-une-guerre-au-vivant-et-a-la-paysannerie-des-etudiants-d-agroparistech-appellent-leurs-camarades-a-deserter_5131804.html)

- Französische Studenten der Hochschule AgroParisTech haben Dinge klar auf den Punkt gebracht. In erster Linie geht's um die Agro-Industrie - gilt aber ebenso für andere Industrien ... *Text im Link.*

**.) Doppelmoral des Westens und Kriegsverbrechen :** <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/deutsche-doppelmoral-nicht-nur-putin-auch-der-westen-ignoriert-das-voelkerrecht-li.228110>

- es gibt zwei Zeitungen, die in der Ukraine-Kriegs-Frage vom Mainstream abweichen; der Freitag und die Berliner Zeitung, *Bericht in der Mail*. Kriegsverbrechen gehören zum Krieg - ebenso wie Propagandalügen - bisher waren die Beschuldigten immer die Russen, jetzt aber auch die Ukrainer, hier die Info:

<https://www.heise.de/tp/features/Kriegsverbrechen-Schwere-Vorwuerfe-gegen-ukrainisches-Freiwilligen-Bataillon-7095942.html>

**.) 30 Jahre Rostock Lichtenhagen - EINLADUNG FÜR DEN 31.05., 19 Uhr, GÄNGEVIERTEL** : <https://www.fluechtlingsrat-mv.de/30-jahre-gedenken-an-das-pogrom-in-rostock-lichtenhagen-zivilgesellschaftliches-buendnis-veroeffentlicht-positions-papier/7867/> -im August jährt sich das Pogrom von Rostock Lichtenhagen zum 30. Mal.

Über drei Tage hinweg wurden 1992 Geflüchtete und ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter\*innen von einem zeitweise aus tausend Menschen bestehenden Mob angegriffen. Die Polizei schritt kaum ein. Vorausgegangen war dem Pogrom eine politische und mediale Kampagne gegen Geflüchtete und zur Verschärfung des Asylrechts. In Folge der Ereignisse wurde das Asylrecht quasi abgeschafft. Das Pogrom, dessen Bilder um die Welt gingen, war und ist kein Einzelfall und steht beispielhaft für das Zusammenwirken von rechter Straßengewalt, rassistischer Hetze, strukturellem Rassismus und Antiziganismus.

Das bundesweite Bündnis "Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992" ruft zu einer großen bundesweiten Demonstration am 27. August 2022 (14 Uhr) in Rostock-Lichtenhagen auf. Auf der Website des Bündnisses (<https://gedenken-lichtenhagen.de>) finden sich die Untertützer\*innen und inhaltliche Eckpunkte:

- Das Pogrom muss als solches benannt werden
- Die Perspektiven von Betroffenen stehen an erster Stelle
- Lichtenhagen war und ist kein Einzelfall
- Es braucht eine Verstärkung und Nachhaltigkeit von Forschung, Aufarbeitung, Bildungsarbeit und Gedenken statt Symbolpolitik
- Es braucht eine Zusammenarbeit von städtischem Gedenken und der Zivilgesellschaft auf Augenhöhe

Als Hamburger Bündnis gegen Rechts wollen wir zu dieser Demonstration mobilisieren. Zusätzlich möchten wir den Jahrestag nutzen, um das Pogrom wieder in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken.

**\*\*Wir möchten euch deshalb herzlich zu einem Treffen am Dienstag, 31.05. um 19 Uhr im Gängeviertel einladen. (Seminarraum, 4. Stock der FABRIQUE im Gängeviertel, Nordseite im Valentinskamp 34a, 20355 Hamburg, nächste U-Bahn-Station: Gänsemarkt. Es gibt einen Aufzug.)\*\***

Dort möchten wir eine Hamburger Mobilisierung zur Demo und eine gemeinsame Anreise mit euch besprechen.

Wir schlagen dafür folgende Tagesordnung vor:

.Vorstellungsrunde

.Input zum bundesweiten Bündnis und Stand der Planung

.Anreise aus Hamburg (Zug? Bus?) - (Mobi-)Veranstaltungen zum 30. Jahrestag in Hamburg - Mobilisierung (Social Media, Plakate, Aktionen?)

.Verabredungen

Wir freuen uns über eine Rückmeldung, ob ihr kommen könnt und/oder ob ihr an einer gemeinsamen Arbeit zum Thema interessiert seid. Bitte leitet diese Einladung an euch bekannte Gruppen und Akteure weiter, für die das Thema interessant ist.

**.) Gameover: Kein Atommüll in den Schacht - Konrad mit Pauken und Trompeten stoppen** : Die Bundesregierung hält trotz aller sicherheitsrelevanten Mängel weiterhin daran fest, im ehemaligen Eisenerz-Bergwerk im Schacht Konrad in Salzgitter ein Endlager für leicht- und mittelradioaktive Abfälle zu errichten. Immer wieder musste die Inbetriebnahme verschoben werden, weil immer neue Probleme auftraten. Seit der Erteilung der Baugenehmigung wurde in vielen kleinen Schritten "Anpassungen" durchgeführt, die laut Behörden jede für sich nicht "wesentlich" wäre. Die Stadt Salzgitter, die IG Metall und viele Initiativen und Organisationen aus der Bürger:innen-Gesellschaft fragen: Ab wann erfordern viele "unwesentliche" Anpassungen eine neue Genehmigung? Daher haben BUND und Nabu Klage gegen das Land Niedersachsen als Genehmigungsbehörde eingereicht, um den weiteren Ausbau zu stoppen. Für den 22. Mai rufen jetzt viele Organisationen zu einer Sternfahrt und Umzingelung von Schacht KONRAD auf (*von Dirk*) : <https://www.ag-schacht-konrad.de/news/newsuebersicht/schacht-konrad-mit-pauken-und-trompeten-stoppen-2437/>

**.) \*A2K: Erst die Genehmigung zur Rückholung des Atommülls\*\*beantragen, alles andere danach\*** Der Asse II-Koordinationskreis unabhängiger Bürgerinitiativen hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als Betreiberin von Asse II kürzlich (am 13.5.) aufgefordert, unverzüglich die Genehmigung der Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage Asse II zu beantragen. Er fordert zudem, die Beantragung von Teilgenehmigungen für andere Baumaßnahmen auf oder an der Asse bis zur Genehmigung der Rückholung zurückzustellen. Außerdem muss die Zeit genutzt werden, um einen fairen Standortvergleich mit Standorten mit mindestens vier Kilometern Entfernung zur Wohnbebauung und auf geeignetem Baugrund durchzuführen. Darüberhinaus forderte der A2K das Bundesumweltministerium (BMUV) auf, notfalls die BGE zu diesen Handlungen anzuweisen. Das Landesumweltministerium und das Landesbergamt (LBEG) wurden aufgefordert, keine Teilgenehmigungen für die Errichtung neuer Atomanlagen auf oder an der Asse zu erteilen, solange nicht die Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage Asse II genehmigt worden ist. Ohne Genehmigung für die Rückholung des Atommülls gibt es keinen Antragsgrund

für die Errichtung neuer Atomanlagen auf der Asse.

Weiterhin hat der Asse II-Koordinationskreis die Mitglieder des Kreistages Wolfenbüttel, der Samtgemeinderäte Elm-Asse, Sickinge, Oderwald und des Stadtrates Wolfenbüttel eindringlich gebeten, sich mit den Sachverhalten um die Errichtung neuer Atomanlagen auf der Asse sowie mit den Problemen der Genehmigungsfähigkeit der Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage Asse II vertraut zu machen.

Auf dieser Basis sollten die Gremien die Forderungen des Asse II-Koordinationskreises an die BGE, das BMUV, die BaSE, das NMU und das LBEG diskutieren und diese Forderungen möglichst breit unterstützen.

Die großzügigen Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt, die seit dem Jahr 2016 regelmäßig über den „Zukunftsfonds Asse“ als relativ frei verfügbare Mittel an den Landkreis Wolfenbüttel fließen, dürfen keinen Grund darstellen, die Augen davor zu verschließen, dass die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, an der Asse Atomanlagen durch die BGE errichten zu lassen, die möglicherweise ganz anderen Zwecken dienen werden als der dringend notwendigen Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage Asse II.

Derzeit ist die BGE dabei, Genehmigungsanträge für verschiedene Atomanlagen (Zwischenlager, Konditionierungsanlage) auf der Asse vorzubereiten, ohne dass bislang die Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage Asse II auch nur beantragt, geschweige denn genehmigt worden wäre. Dabei bestehen erhebliche Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit der Rückholung des Atommülls, insbesondere aus den Einlagerungskammern der 750-Meter-Sohle, vor allem hinsichtlich der bergrechtlichen und der strahlenschutzrechtlichen Zulässigkeit.

Damit drohen in der Asse erhebliche Zerstörungen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie Eingriffe in den Wasserhaushalt der Asse. Dabei ist z. Zt. noch völlig ungewiss, ob und gegebenenfalls wann das mit diesen Baumaßnahmen angeblich zu unterstützende Ziel, nämlich die – vor allem für zukünftige Generationen – dringend notwendige Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage Asse II überhaupt von der BGE durchgeführt werden wird.

Gestern hat dann die BGE den Erwerb des "Kuhlagers" gemeldet, das Gebiet auf der Asse, wo die Atomanlagen gebaut werden sollen:

<https://www.bge.de/de/aktuelles/meldungen-und-pressemitteilungen/meldung/news/2022/5/720-schachtanlage-asse/>

**.) Wieviel Zeit bleibt uns noch, und was sollten wir mit dieser anfangen?**

<https://www.n-tv.de/mediathek/videos/panorama/Aljochina-wirft-Westen-Untaetigkeit-in-Krim-Krise-vor-article23336740.html> -ich erinnere daran,

was russische Atomkraftgegner\*innen bei uns auf einer Atommüllkonferenz in Göttingen zu Putin gesagt haben. Sie waren damals von uns eingeladen worden. Alles schon vergessen? Ich nicht.

Russische Atomkraftgegner\*innen mussten lange vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aus Russland fliehen und werden von uns als Anti-AKW-Bewegung in Deutschland unterstützt. Sie wurden in Russland zu "westlichen Agenten" erklärt. Ein Gesetz von Stalin, das Putin wieder aufleben ließ. Heute leben Atomkraftgegner\*innen von Ecodefence in ganz Westeuropa verteilt.

Wie Millionen andere russische Menschen auch.

Vor dem Krieg gegen die Ukraine hat Putin alle NGOs platt gemacht und Oppositionelle ermorden lassen oder weggesperrt.

**Maria Aljochina, Pussy Riot** hat in einem Interview gesagt: Russland ist ein „fast faschistischer Staat“. 15.05.2022 in Titel, Thesen, Temperamente:

<https://www.ardmediathek.de/video/ttt-titel-thesen-temperamente/pussy-riot-protest-tour-gegen-den-krieg/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL3R0dCAtIHRpdGVsIHRoZXNlbiB0ZW1wZXJhbWVudGUvZmM4MGQ1ZDEtMzc5Zi00ZVVlLWEzOTMtNGRjNjkxZjhjNmVi>

Andere Russinnen mussten aus Moskau abhauen, obwohl sie das eigentlich nie wollten, eine Mutter mit drei kleinen Kindern und Ehemann nach Deutschland.

Einen solchen Umzug heimlich zu organisieren ist bestimmt nicht einfach.

Eine andere Mutter mit fünfjährigen Mädchen an der Hand, sagte in Deutschland, sie wollte nicht dass ihre Tochter im Kindergarten militärisch erzogen wird. In russischen Schulen gibt es ein Schulfach Patriotismus und ein weiteres Fach in dem Krieg behandelt wird. Die militärische Erziehung wird in der russischen Schule fortgesetzt. Dazu kommt die ganze russische Propaganda, die hier ganz viele auch noch glauben. Das sind die Märchenerzählungen aus Putins Giftküche der Trolle in Moskau.

Das wird einfach ignoriert.

Dazu kommt noch die Geiselnahme einer Schule von 1500 Kinder, Eltern, Lehrpersonal und Verwandten von **Beslan am 01.09.2004**, als das russische Militär bei der "Befreiung" einfach mit schweren Waffen reingeschossen hat. Verhandelt wurde nicht. Verbot aus dem Kreml. Chaos pur. Das war damals Live Übertragung, die ich zufälligerweise mit angesehen hatte. Ich hatte da gerade Urlaub. Die Wahrheit über die toten Menschen wird nie geklärt werden können. Putin hat kurz danach alle demokratischen Gouverneurswahlen abgesagt. Er bestimmt seit dem über alles!

Den zweiten Tschetschenienkrieg von 1999 - 2009 mit 160.000 toten Menschen in eigenem Land vergessen! Den hat Putin vom Zaun gebrochen. Wer ist da gestorben, alte Menschen, Mütter und Kinder sind dort bestialisch umgebracht worden.

Ich lasse die grausamen Schilderungen von Anna Politkowskaja aus einem kleinen Ort in Tschetschenien weg.

**Anna Politkowskaja**, die am Geburtstag von Putin 2006 im Hausflur vor ihrer Wohnung erschossen worden ist, schrieb über Putin 2004 ein Buch. 2005 gab es eine Taschenbuch Ausgabe in deutsch. Auszug: TAZ vom 09.05.2022

### **Tyrann und Despot**

**Putin verhält sich nicht absichtlich so, nicht weil er von Geburt an ein Tyrann und Despot ist – er wurde einfach so erzogen. Er denkt in Kategorien, die ihm der KGB eingebläut hat, und er hält dieses System für ideal. Das hat er mehr als einmal öffentlich gesagt. Und deshalb fordert Putin, sobald ihm jemand widerspricht, diese Hysterie zu stoppen. (Daher auch die Ablehnung von Debatten vor der Wahl – das ist nicht sein Ding, er ist dazu nicht fähig und weiß nicht, wie man einen Dialog führt.**

Er monologisiert – gemäß dem militärischen Modell: Solange ich ein Unterling war, musste ich schweigen. Als ich aufstieg, sprach ich in Monologen. Und alle Untergebenen sind gezwungen, so zu tun, als seien sie einverstanden. Das ist eine Art ideologische Schikane, die manchmal in physische Vernichtung und Eliminierung übergeht.) (...)

**Warum geht mir Putin gegen den Strich? Weil die Zeit verrinnt. Im Sommer sind bereits fünf Jahre vergangen, dass der zweite Tschetschenienkrieg angefangen hat und Putin erstmals Präsident werden konnte. Und es will kein Ende nehmen.**

**ALLE Morde an Kindern, die seit 1999 während der Angriffe und der Säuberungen stattgefunden haben, wurden nicht aufgeklärt und nicht von den Strafverfolgungsbehörden untersucht. Die Kindermörder haben nicht auf der Anklagebank Platz genommen. Putin hat das nie gefordert, obwohl er gern den großen Freund aller Kinder gibt. (...)**

### **Leichen unschuldig Getöteter**

**Warum geht mir Putin gegen den Strich? Deswegen. Wegen dieser Primitivität, die schlimmer als Diebstahl ist. Wegen des Zynismus. Wegen des Rassismus. Wegen des endlosen Krieges. Wegen der Lügen. Wegen der Leichen unschuldig Getöteter, die seine ganze erste Amtszeit begleitet haben. Leichen, die nicht hätten sein dürfen.**

**Putin hat versehentlich eine große Machtfülle in die Hand bekommen und er hat sie genutzt, mit katastrophalen Folgen für Russland. Ich mag ihn nicht, weil er keine Menschen mag. Er erträgt uns nicht. Er verachtet uns. Er glaubt, dass wir für**

ihn ein Mittel zum Zweck seien, mehr nicht.

Ein Mittel, um seine persönlichen machtpolitischen Ziele zu erreichen. Mit uns kann er alles machen, spielen, wie es ihm gefällt. Man kann uns vernichten, wie es ihm beliebt. Wir sind nichts. Er jedoch ist jetzt der König und Gott, den wir anbeten und fürchten müssen.

Führer mit einer solchen Weltanschauung gab es bereits in Russland. Das führte zu Tragödien und großem Blutvergießen. Zu Bürgerkriegen. Ich will das nicht. (...)

### Politische Winter

Es ist unmöglich, sich damit abzufinden, dass der politische Winter in Russland wieder mehrere Jahrzehnte andauern soll. Ich möchte so gerne leben. Ich möchte so gerne, dass unsere Kinder frei sind. Und dass auch die Enkel in Freiheit geboren werden. Deshalb will ich so gerne, dass es alsbald wieder taut. Aber nur wir können das Thermometer von Minus- auf Plusgrade anheben. Niemand sonst.

Auf ein Tauwetter aus dem Kreml zu warten, wie noch unter Michail Gorbatschow, ist dumm und unrealistisch. **Auch der Westen wird uns nicht helfen, er reagiert verhalten auf Putins „Anti-Terror-Rezepte“. Dem Westen kommt das sehr zupass – Wodka, Kaviar, Gas, Öl, Bären, Menschen einer besonderen Art ... Der russische Markt mit exotischen Dingen findet an seinem gewohnten Platz statt. Mehr brauchen Europa und die Welt von fast einem Siebtel der Erde nicht.**

<https://taz.de/Das-Vermaechtnis-einer-Journalistin/!5851570/>

-----

**Geflüchtete aus Tschetschenien: Nie wieder zu Hause, nirgends -Die Tschetschenin Salima musste im Krieg 1995 ihre Heimat verlassen. Jetzt fühlt sie mit den Menschen in der Ukraine mit.**

TAZ, 08.05.2022, Sonderbeilage Novaya Gazeta Europe von Farisa Dudarewa

<https://taz.de/Gefluechtete-aus-Tschetschenien/!5851549/>

-----

### Pussy Riot auf "Anti War"-Tour

#### Aljochina wirft Westen Untätigkeit in Krim-Krise vor

Die harte Linie Wladimir Putins bekommen die Aktivistinnen der Punkband "Pussy Riot" schon früh zu spüren. Im Zuge ihrer europäischen "Anti War"-Tour kritisiert Sängerin Maria Aljochina das zögerliche Handeln des Westens bei der Annexion der Krim: von AK/Dieter

**.) Finnlands Unabhängigkeit:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Finnlands-Unabh%C3%A4ngigkeit.pdf> -

Finnische Feldjäger wurden in Hohenlockstedt bei Itzehoe ausgebildet. Das Lockstedter Lager ist ein Stück finnischer Geschichte auf deutschem Boden:

<https://schleswig-holstein.sh/blog/2017/10/20/das-lockstedter-lager-ein-stueck-finnischer-geschichte-auf-deutschem-boden/>

Die finnische Unabhängigkeitserklärung jährt sich 2017 um 100. Mal. Daran hat Deutschland – insbesondere eine kleine Gemeinde in Schleswig-Holstein – keinen ganz geringen Anteil. Das Jubiläum gibt Anlass, sich dessen zu erinnern.

**.) Nato-Mitgliedschaft offiziell beantragt:** <https://taz.de/Nato-Mitgliedschaft-offiziell-beantragt/!5855707/> -Schweden und Finnland sagen ja,,Die beiden

skandinavischen Länder haben die Aufnahme in die Nato beantragt, nun entscheiden die Mitgliedsstaaten. Die Türkei könnte dagegen stimmen.

Grund für Schwedens und Finnlands Wunsch nach Aufnahme in die Militärallianz sind Sicherheitsorgen, die in den Ländern im Zuge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine aufkamen. Beide Staaten verfolgten bis dahin entschieden eine Politik der militärischen Bündnisfreiheit.

Mit den Aufnahmeanträgen wird sich nun der Nato-Rat beschäftigen. In ihm sitzen Vertreter der 30 Bündnisstaaten, die im Konsens eine Entscheidung über das weitere Vorgehen treffen müssen.

Überschattet werden die historischen Entwicklungen von den [Vetodrohungen des Nato-Mitglieds Türkei](#). Dieses hatte zuletzt mehrfach deutlich gemacht, dass es dem Beitritt Finnlands und Schwedens nur gegen Zugeständnisse zustimmen will. Präsident Recep Tayyip Erdogan erklärt seine Haltung mit der angeblichen Unterstützung der beiden Länder für die [verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK](#) und die Kurdenmiliz YPG in Syrien. Zugleich wird kritisiert, dass auch Nato-Staaten wegen des türkischen Vorgehens gegen diese Gruppierungen die Lieferung von Rüstungsgütern eingeschränkt haben.

**.) Stadt im Widerstand:Welches Zeichen Mariupol setzt,,**Scholz mag keine Symbole, sagt er bei RTL. Doch der Krieg ist auch ein Krieg der Bilder – Mariupol zeigt es auf dramatische Weise : <https://taz.de/Stadt-im-Widerstand/!5852158/> und <https://taz.de/Barbara->

[Oertel/!a1/](#) - Text unter dem Links.

### **.) Mehr Tempo beim Windenergieausbau in Hamburg nicht in Sicht :**

<https://www.stephan-jersch.de/politik/detail/mehr-tempo-beim-windenergieausbau-in-hamburg-nicht-in-sicht/> -

Vielleicht mit Blick auf Klimakatastrohe/Krieg/Ausstieg aus Atom, Kohle, Gas, Öl - auch hier von Interesse? Demnächst kommt was von ENDE GELÄNDE zu LNG Terminals und Co und Aktionen. Aber auch das hier braucht es: Eine nach Angaben des Windenergie-Landesverbands Hamburg technisch bis zu zehnfache Steigerung der Windstromerzeugung bei Anlagen im Hamburger Außengebiet lässt weiter auf sich warten. „Der Senat arbeitet an der Klärung der rechtlichen Fragen“, so heißt es in der Senats-Antwort auf eine erneute Nachfrage durch den Bürgerschaftsabgeordneten Stephan Jersch (Linksfraktion Hamburg). Großen Ankündigungen beim Ausbau der Erneuerbaren Energie stehen bis heute kaum Maßnahmen des rot-grünen Senats gegenüber, kommentiert Jersch.

### **.) Doppeltes Recht für Flüchtlinge :**

<https://www.pressenza.com/de/2022/05/oeffnung-des-sozialhilfesystems-fuer-ukrainische-gefluechtete-verdeutlicht-asylblg-abschaffen/> -

Öffnung des Sozialhilfesystems für ukrainische Geflüchtete verdeutlicht: AsylbLG abschaffen! Geflüchtete aus der Ukraine sollen ab Juni 2022 anstelle von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz normale Sozialleistungen sowie Kindergeld und BAföG erhalten können. Das ist gut – andere Geflüchtete aber profitieren nicht davon. Verbesserungen, die nicht nur Ukrainer\*innen betreffen, etwa bei der Wohnsitzauflage, bleiben halbherzig.

Am 12. Mai 2022 wird über den Gesetzesentwurf für das [»Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz«](#) der Bundesregierung abgestimmt. In Zeiten von Pandemie und Inflation gewährt der Entwurf für arme Menschen ein – unzureichendes – Trostpflaster: Für Erwachsene, die staatliche Sozialleistungen, auch solche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), erhalten, sieht der Entwurf im Juli 2022 eine einmalige Zahlung von 200 Euro als »Sofort-Zuschlag« vor, für Kinder bzw. junge Menschen gibt es – unter bestimmten Bedingungen – 20 Euro mehr im Monat.

Im Rahmen des Gesetzentwurfs werden darüber hinaus verschiedene Regelungen im bestehenden Aufenthalts- und Sozialrecht geändert. Flüchtlinge aus der Ukraine werden damit in das normale Sozialhilfesystem (SGB II und SGB XII) eingegliedert und erhalten Zugang zu weiteren Leistungen wie Kindergeld und BAföG. Die Änderungen betreffen primär Ukraine-Geflüchtete, Änderungen bei der Wohnsitzauflage gelten aber allgemein.

**.) Menschenrechtskrieger** : <https://www.hintergrund.de/politik/inland/gruene-krieger/> - Grüne Krieger - Unter dem Eindruck des Ukraine-Krieges verabschieden die Grünen sich vom Pazifismus, heißt es – dabei ist der in der Partei schon lange passé. Wir zeichnen die Geschichte nach, wie die Grünen von der Friedensbewegung Anfang der 1980er Jahre zur Kriegspartei im Ukraine-Krieg wurden.  
Von Matthias Rude

**.) Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz:** <https://www.bundestag.de/resource/blob/895970/5d1d51f0d78ea735544f8f4a9058011e/Bayrisches-Verfassungsschutzgesetz-data.pdf> - Eine Bewertung des wissenschaftlichen Dienst des Bundestages zur Überwachung von Personen.

**.) Energiewende wegen Ukrainekrieg:** <https://taz.de/Energiewende-wegen-Ukrainekrieg/!5852660/> EU erklärt ihre Unabhängigkeit, „Mit einem neuen Energiepaket will die EU weg von russischem Öl und Gas. Doch nicht alle Maßnahmen sind mit dem Klimaschutz vereinbar.“

Die Kommissarin hatte es eilig. Atemlos spulte Kadri Simson, EU-Kommissarin für Energiepolitik, am Mittwochmittag ihre Präsentation vor den JournalistInnen in Brüssel herunter: „Wir legen hier den Plan vor, wie wir die gefährliche Abhängigkeit der EU von russischer fossiler Energie beenden können“, sagte die Politikerin zum „REPowerEU“-Plan der Kommission. Sie verkündete noch schnell die Eckpunkte, dann musste sie los ins dänische Esbjerg: Zum „Wind auf See“-Gipfel mit Dänemark, Deutschland, Belgien und den Niederlanden. Da wurde erklärt, man wolle „die Nordsee zu einem grünen Kraftwerk machen, zu einem Offshore-System der Erneuerbaren.“

Die Zeit drängt nun auch in Brüssel. In Windeseile hat die EU Pläne gemacht, wie sie nach dem russischen Überfall auf die Ukraine vom russischen Gas und Öl wegkommen will. REPowerEU bedeutet: Bis 2030 sollen 45 statt bisher nur 40 Prozent der europäischen Energie aus Ökoquellen stammen, die Energieeffizienz soll um 13 statt wie geplant um 9 Prozent steigen. Wind- und Sonnenenergie sollen schnell wachsen, die Kapazität für Solarstrom soll bis 2030 gegenüber heute

verdoppelt werden.

Dazu sucht die EU nach Partnern für Gas oder Wasserstoff und setzt Regeln des Energiemarkts aus. Der „barbarische“ Krieg habe neben menschlichem Leid auch „die Energiemärkte durcheinander gewirbelt“ und eine „riesige Herausforderung“ geschaffen, sagte Frans Timmermans, EU-Klimakommissar. Die Richtung ist klar: Schneller weg von den Fossilen, hin zu mehr Effizienz und Erneuerbaren. „Es ist dringender als je zuvor, dass Europa sein Schicksal in die eigenen Hände nimmt“, so Timmermans.

Diese energiepolitische Unabhängigkeitserklärung hat viele Seiten: Bisher bezog Europa für jährlich etwa 100 Milliarden Euro 155 Milliarden Kubikmeter Gas aus Russland, 40 Prozent seines Verbrauchs. Das sei inzwischen auf 26 Prozent gesunken, heißt es. 80 Milliarden Kubikmeter des Russengases sollen bis Ende des Jahres ersetzt sein: Durch Erneuerbare und Wasserstoff, durch Sparen und durch Biomethan. Bis 2027 will die EU ganz frei von Russlands Importen sein und sucht Gas und Wasserstoff: in den USA und Kanada, am Persischen Golf oder in Afrika.

### **.) "Ukraine: Eine kriminelle Komödie der selbstmörderischen Irrungen" :**

[www.pressenza.com/de/2022/05/ukraine-eine-kriminelle-komoedie-der-selbstmoerderischen-irrunge/](http://www.pressenza.com/de/2022/05/ukraine-eine-kriminelle-komoedie-der-selbstmoerderischen-irrunge/) -

ALLE wussten, dass mit dem Versuch, die Ukraine in die NATO einzubinden, die rote Linie Russlands überschritten würde, aber jetzt möchte man Russland als Schurken hinstellen. Nachdem man alles getan hat, um die rote Linie zu überschreiten. Und das geschah erst, NACHDEM Biden an die Macht kam."

LEIDER hilft das alles nicht, um den in den Dreck gefahrenen Karren wieder aus dem Schlamassel zu ziehen (sorry für den unappetitlichen Vergleich).

Die Wurzeln der Problematik liegen lange zurück

### **.) NATO-Erweiterung: „Kurden werden zum Spielball gemacht“ :**

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/nato-erweiterung-kurden-werden-zum-spielball-gemacht-3222-4> -

Die Türkei blockiert die Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO. Erdogan wirft beiden Ländern vor, die PKK und die YPG zu unterstützen. Die Kurdische Gemeinde in Schweden erklärt, dass die Kurden wieder einmal zum Spielball gemacht werden.

Die Türkei blockiert Medienberichten zufolge den Beginn der NATO-

Beitrittsgespräche, die eine Aufnahme Finnlands und Schwedens ermöglichen sollen.

Der türkische Staats- und Regierungschef Tayyip Erdogan hat beiden Ländern in einer Rede in Ankara erneut vorgeworfen, die PKK und YPG zu unterstützen.

Schweden verweigere zudem die Auslieferung von „Terroristen“.

Das Zentrum der Kurdischen Demokratischen Gemeinde in Schweden (NCDK-

Schweden) hat eine Stellungnahme zu der Debatte abgegeben und fordert, dass die schwedische Regierung zum kurdischen Freiheitskampf Stellung beziehen sollte. In der Erklärung heißt es: „In den letzten Tagen der Diskussionen über einen möglichen schwedischen NATO-Beitritt sagte Diktator Erdogan, er wolle die Mitgliedschaft blockieren, weil er glaubt, dass Schweden die hier lebenden Kurdinnen und Kurden und den kurdischen Freiheitskampf unterstützt. In diesem politischen Spiel fordert die türkische Regierung die Auslieferung von Kurd:innen und dass die schwedische Regierung sich gegen die kurdischen Freiheitskämpfer:innen stellt, die die Terrorgruppe Daesh (IS) besiegt haben. Es ist also eine Tatsache, dass wir Kurden wieder einmal als Spielball im internationalen politischen Spiel benutzt werden, bei dem Schweden und die Türkei im Rampenlicht stehen.“

Weiter heißt es in der Erklärung: „Um die aktuellen Äußerungen des Diktators Erdogan noch besser zu verstehen, müssen wir auch die Situation in der Türkei und im Nahen Osten betrachten. In der Türkei stehen Wahlen an und Erdogans Umfragewerte sind so niedrig wie seit vielen Jahren nicht mehr. Inzwischen ist Erdogans Unterstützung für den terroristischen Islamischen Staat in Syrien gescheitert, weil die kurdischen Freiheitskämpfer einen Widerstand geleistet haben, mit dem niemand gerechnet hat.“

**.) Erinnerungspolitische Roll-Back :** <https://www.jungewelt.de/artikel/426864.schrecknisse-der-gedenkpolitik-erinnerungspolitische-roll-back.html> -

Kein freies Gedenken mehr. Die Staatsmacht kontrollierte, wer wie gekleidet und mit welchen Accessoires ausgestattet an den Sieg über den Faschismus erinnern wollte (Polizisten am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-

Ulrich Schneider ist Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN–BdA). Er schrieb an dieser Stelle zuletzt am 29. September 2021 über das Massaker von Babi Jar.

Zum ersten Mal seit Jahren haben auch die bürgerlichen Medien den »Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg« und den »Tag des Sieges« in gebührendem Umfang wahrgenommen. Es gab keine Zeitung, keine Fernsehanstalt, die nicht über dieses Gedenken berichtet hätte. Doch mit dieser Feststellung ist die positive Seite der Sache auch schon erschöpft. Alles Weitere lässt sich eher unter dem Stichwort eines geschichtspolitischen Roll-backs bzw. der Instrumentalisierung von Geschichte in russophober Perspektive einordnen.

**.) Humanitäre Krise in der Ukraine - Ist Hilfe die Lösung? :**

<https://www.medico.de/blog/ist-hilfe-die-loesung-18622> -

Eine Aktion von Mitgliedern unseres Kooperationspartners Longo Maï für

Ernährungssicherheit.

Hilfe muss gerade in diesen Zeiten nicht nur das Nötigste tun, sondern auch reflektieren, wie sie wirkt und welche Konsequenzen sie hat.

[Von Katja Maurer](#)

Sergej aus Charkiw saß vor wenigen Tagen bei uns im Büro. Er ist eigentlich Spezialist für die Reparatur von Eisenbahnen. Früher hatte er einen Betrieb mit 150 Angestellten. Mit Beginn des Krieges hat Sergej gemeinsam mit Freunden, die in Friedenszeiten mehrere Restaurants betrieben, eine Großküche in Charkiw aufgebaut, in der sie nun täglich Essen kochen und rund 7500 Menschen versorgen, die sich in den Bombenschutzräumen ihrer Häuser oder in den U-Bahnschächten aufhalten. Denn seit neun Wochen liegt die zweitgrößte Stadt der Ukraine unter Dauerbeschuss des russischen Militärs. Er und weitere 50 Freiwillige haben eine Organisation aufgebaut, die neben der Kantine für Schutzsuchende auch Lebensmittel an Menschen liefert, die noch in ihren Wohnungen sind und selbst kochen können. Sie fahren in speziellen Transporten Kranke ins nahegelegene, noch friedliche Poltawa. Von dort aus werden diese in ganz Europa in Krankenhäuser oder Altenheime untergebracht.

Die Stadtverwaltung von Charkow, wie es ein Teil der russischen Bevölkerung hier spricht, erhält nicht in ausreichendem Umfang Hilfsgüter, um sie weiter zu verteilen. Der 30-jährige neoliberal organisierte Transformationsprozess des Landes hat diese Institutionen zur Gewährleistung individueller Bereicherung verkommen lassen. Misstrauen vieler Menschen in die Politik sind die Spuren, die dieser Prozess hinterlassen hat. Dass die Menschen sich nun in der Situation des Krieges mit vielfachen Praxen der Selbsthilfe solidarisch beiseite stehen, ist keinesfalls selbstverständlich und vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Allein die Versorgung der 7.500 Leute kostet 80.000 Euro die Woche. Dafür brauchen die Freiwilligen-Initiativen Bargeld. Sie werden deshalb nun einen Verein mit dem Namen „Mirnoe nebo“ (Friedlicher Himmel) gründen. Dann können sie Eigenmittel offiziell einwerben.

**.) Schwere Gefechte im Donbass,,Die russische Offensive im Donbass stockt. Laut  
britischem Geheimdienst will Russland sie verstärken, sobald umkämpfte Mariupol  
erobert ist: <https://taz.de/-Nachrichten-im-Ukraine-Krieg-/!5856011/> -**

Im Osten der Ukraine laufen weiter schwere Gefechte um die Donbass-Region. „Der Gegner führt eine Offensive im Raum Lyssytschansk und Sjewjerodonezk durch“, meldete der ukrainische Generalstab am Freitag in seinem Lagebericht. Nach Angaben aus Kiew konnten die ukrainischen Truppen den Angriff auf Sjewjerodonezk abwehren, in dem Vorort Toschkiwka werde weiter gekämpft.

Erfolge hätten die russischen Offensivbemühungen aber eher wenig gehabt, heißt es in dem Lagebericht. Insgesamt seien 14 Attacken in den Gebieten Donezk und

Luhansk abgewehrt worden.

Im Gebiet Charkiw, wo die Ukrainer in den letzten Wochen zur Gegenoffensive übergegangen sind, konnte Kiew keine weiteren Gebietsgewinne vermelden. Die Russen konzentrierten sich hier auf die Verteidigung ihrer Frontlinie. Von unabhängiger Seite konnten die Berichte nicht überprüft werden.

Nach Einschätzung des britischen Militärgeheimdienstes wird Russland seine Operationen in der Donbass-Region weiter verstärken, sobald seine Streitkräfte die Stadt Mariupol gesichert haben.

**.) Janine Wissler über die Krise der Linken:** <https://taz.de/Janine-Wissler-ueber-die-Krise-der-Linken/!5852240/> „Keine fünfte Kolonne Putins“, „Die Chefin der Linkspartei spricht über das Ringen um die richtige Haltung zum Ukrainekrieg. Außerdem äußert sie sich zu MeToo-Vorwürfen in den eigenen Reihen.

Ich bin harte politische Auseinandersetzungen gewohnt“, sagt Janine Wissler - Acht Mal in Folge hat die Linkspartei nun bei Wahlen verloren. In Schleswig-Holstein landete sie unter und jetzt in NRW nur knapp über 2 Prozent. Halten Sie den Weg zur Splitterpartei noch für aufhaltbar?

**.) Türkei-Blockade bei Nato-Norderweiterung:**

<https://taz.de/Tuerkei-Blockade-bei-Nato-Norderweiterung/!5852247/> -

Bittere Aussichten, „Die Türkei weiß um ihre Bedeutung in der Nato und stellt Bedingungen für die Aufnahme von Schweden und Finnland. Man wird ihr entgegenkommen müssen.

Die Kritik der Türkei zielt ins Leere, trotzdem wird sie verfangen. US-Präsident Joe Biden zeigte sich vor dem Besuch der schwedischen Ministerpräsidentin und des finnischen Präsidenten am Donnerstag in Washington optimistisch, das Ankara seine Blockade der Nato-Norderweiterung überdenkt. „Ich denke, wir werden es schaffen“, sagte er zu den Beitrittsplänen.

Dem **Vorwurf Ankaras, Schweden und Finnland unterstützten die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**, ließe sich leicht begegnen: Die Türkei lieferte ihrerseits Waffen an Kämpfer des „Islamischen Staats in Syrien“, wie Recherchen der türkischen Cumhuriyet im Mai 2015 belegten. Sollte es der Türkei tatsächlich um staatlich unterstützten Terror gehen (mal ganz abgesehen davon, ob die stark zersplitterte PKK aus Europa überhaupt noch etwas ausrichten kann), sollte sie erst mal in ihren eigenen Geheimdienstbehörden aufräumen.

**.) Aufstand der letzten Generation: Endlich in den Notfallmodus schalten :**

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163931.aufstand-der-letzten-generation-endlich-in-den-notfallmodus-schalten.html> - Aus Protest gegen fossile Energien dreht die Letzte Generation eine Ölpipeline in der Uckermark ab.

Auch hier, an der Pumpstation Lindenhof bei Demmin, wurde in den vergangenen Wochen bereits der Ölfluss unterbrochen. *Text unter dem Link.*

**.) Endlagersuche hochradioaktiv:** <https://www.endlagersuche-infoplattform.de/webs/Endlagersuche/DE/Beteiligung/Buergerbeteiligung/konzeption/bpg/bpg.html>

Sachstand - Methoden - Probleme - Suchverfahren zwischen Gesetz, Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit : Mit dem Forum Endlagersuche in die nächste Etappe, um nach rund 50 Jahren Atomenergienutzung endlich einen Schritt vorwärts zu kommen, um die dabei angefallenen und immer noch anfallenden hochradioaktiven Atomabfälle möglichst sicher und mit umfassender Bürgerbeteiligung unter die Erde zu bekommen. In Mainz findet die Veranstaltung statt, in der neu eingerichtete Planungsteam Forum Endlagersuche der Öffentlichkeit die Möglichkeit schafft, sich über den bisherigen Sachstand auszutauschen und die Methodenentwicklung bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung unter die Lupe zu nehmen. Der BUND kündigt für morgen eine PM und eine Stellungnahme zum derzeitigen Stand des Verfahrens an. Das Nationale Begleitgremium (NBG) bei der Endlagersuche, eine Art Kontrollgremium, ob die per Gesetz beauftragten Verantwortlichen korrekt mit der Umsetzung eines beteiligungsorientierten, wissenschaftsbasierten und transparenten Suchverfahren umgehen, hatte gerade erklärt, dass es beim das Verfahren leitenden Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung Akteneinsicht durchführen will (siehe unten als Dokumentation). Auch die Sozialwissenschaften melden sich aktuell mit einem erneuten Policy Paper, in dem ein Blick auf das bisherige Verfahren geworfen wird, Bewertungen des Agierens der Beteiligten – nicht nur der rechtlich verantwortlichen Akteure – und Empfehlungen für das weitere Vorgehen vorgeschlagen werden. Die Arbeit der FU Berlin wird im Rahmen staatlicher Förderung über "Transsens" finanziert. Ebenfalls am Wochenende gibt es Aktionen der Anti-Atom-Bewegung gegen das aus der Zeit gefallene geplante Endlager im Schacht Konrad, in dem leicht- und mittelradioaktive Abfälle für die Ewigkeit verbuddelt werden sollen. Zuletzt hatte sich auch der Umweltausschuss im Bundestag mit den Mängeln und Sachständen der Endlagersuche befasst. Was jetzt genau?

**.) Endlagersuche hochradioaktiv: Gorleben-BI steigt aus - BUND kritisiert scharf :** [https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/atomkraft/atomkraft\\_BUND\\_kritische\\_lesehilfe\\_BGE\\_sicherheitsuntersuchung.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/atomkraft_BUND_kritische_lesehilfe_BGE_sicherheitsuntersuchung.pdf) - Während heute und morgen eine

weitere Veranstaltung zur Öffentlichkeitsbeteiligung und den Methoden zur Auswahl eines geeigneten Endlagerstandorts für hochradioaktiven Atom Müll startet, haben die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und der BUND massive Kritik formuliert. "Fünf Jahre Atom Müll-Lager-Suche: Undurchsichtig, unverständlich, unaufrichtig" heißt es seitens des BUND-Vorsitzenden Olaf Bandt. Trotzdem veröffentlicht der

Umweltverband eine “kritische Lesehilfe” zur Unterstützung für diejenige Öffentlichkeit, die sich trotz aller Probleme weiterhin mit dem Vorgehen der Verantwortlichen Behörden und Unternehmen auseinandersetzen will. Der BUND beobachtet das Endlagersuchverfahren und bringt seine Kritik ein, beteiligt sich aber wegen der erheblichen Mängel nicht an den Gremien. Für die BI Lü-Dan erklärte jetzt ihr Sprecher Wolfgang Ehmke, dass sie am Verfahren nicht mehr teilnehmen wird. Dabei nimmt er Bezug auf ein Policy Paper der FU Berlin, das gestern auch hier im Blog veröffentlicht wurde.

**.) Deutschland könnte bis 2035 auf fossile Brennstoffe verzichten :**

<https://www.euractiv.de/section/energie/opinion/deutschland-koennte-bis-2035-auf-fossile-brennstoffe-verzichten/> -

Deutschland könnte seinen gesamten derzeitigen Strombedarf innerhalb der nächsten 10 Jahre komplett auf Sonne, Wind und Batterien umstellen – bei Gesamtkosten von lediglich 35,2 Milliarden Euro pro Jahr, und bis 2035 vollständig energieunabhängig werden, und das zu einem Preis, der unter den derzeitigen Ausgaben für fossile Brennstoffe liegt, schreibt Nafeez Ahmed.

Dr. Nafeez Ahmed ist Global Research Communications Director bei RethinkX, einer Denkfabrik für Technologieprognosen in San Francisco und London. Er gehört zusammen mit Tony Seba, James Arbib und Adam Dorr zu den Verfassern des neuen Grundsatzpapiers von RethinkX, Germany’s Path to ‚Freedom Energy‘ by 2030. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die absurde Abhängigkeit Europas von den unberechenbaren russischen Öl- und Gasimporten verdeutlicht. Während die politischen Führungskräfte fieberhaft nach Wegen suchen, um diese Abhängigkeit zu verringern, sollten sie diese beispiellose Krise gleichzeitig als beispiellose Chance verstehen.

Unsere aktuelle Analyse zeigt, dass Europa diese Krise nutzen könnte, um mutig ein neues Zeitalter der Energiesicherheit und des wirtschaftlichen Wohlstands einzuleiten, anders als alles, was wir bisher gesehen haben.

Für Europas größte Volkswirtschaft erfordert der billigste, schnellste und effektivste Weg zu Eigenversorgung, Sicherheit und Resilienz die Beschleunigung der „Clean Disruptions“ („Sauberen Revolutionen“) im Energie- und Verkehrssektor.

Durch den raschen Ausbau von Solarenergie, Windkraft, Batterien und Elektrofahrzeugen – in optimaler Kombination – kann Deutschland vollständig energieunabhängig werden, und das zu einem Preis, der unter den derzeitigen Ausgaben für fossile Brennstoffe liegt.

Damit könnte innerhalb von etwa einem Jahrzehnt der Weg bereitet werden, um in den darauffolgenden Jahrzehnten hunderte Billionen Dollar einzusparen.

Das neue Grundsatzpapier, welches ich gemeinsam mit Tony Seba, James Arbib und Adam Dorr verfasst habe, erläutert, wie eine Überdimensionierung der

Stromerzeugungskapazitäten den Bedarf an Batteriespeichern gegenüber der bestehenden Nachfrage um ein Vielfaches reduziert und gleichzeitig mehr als genug Energie liefert, um auch die dunkelsten Wintertage problemlos zu überstehen. Mit dieser Strategie werden die meiste Zeit des Jahres riesige Stromüberschüsse zu Null-Grenzkosten erzeugt. Anstatt diesen „Superstrom“ zu drosseln, kann er für umfangreiche neue Anwendungen genutzt werden, mit denen die Stromnetze umgestaltet und ausgebaut werden können.

Und da dieses Konzept weit weniger Batteriespeicher erfordert, sind die Gesamtkosten viel niedriger als gemeinhin angenommen wird.

Das RethinkX-Forschungsteam kam bei der Anwendung dieses Konzepts auf Deutschland zu einem erstaunlichen Ergebnis: Deutschland kann seinen gesamten derzeitigen Strombedarf innerhalb der nächsten 10 Jahre komplett auf Sonne, Wind und Batterien umstellen – bei Gesamtkosten von lediglich 35,2 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist weniger als 1% des deutschen BIP und weniger als die heutigen deutschen Subventionen für fossile Brennstoffe pro Jahr.

Aber das ist erst der Anfang. Denn Deutschland kann nicht nur seine Stromversorgung, sondern sein gesamtes Energiesystem dementsprechend schnell umstellen – und zwar bis zum Jahr 2035.

Wir haben festgestellt, dass Deutschland bei jährlichen Ausgaben von nur 108 Milliarden Euro in den nächsten 15 Jahren die Nutzung fossiler Brennstoffe für die Stromerzeugung, den Wärmebedarf für Wohngebäude und Unternehmen sowie den Straßenverkehr vollständig beenden kann. Diese jährlichen Ausgaben sind weniger als Deutschland im Jahr 2021 insgesamt für den Import und die Subventionierung fossiler Brennstoffe aufgewendet hat (ca. 116 Milliarden Euro).

Dieses Szenario ist zudem pragmatisch. Während Deutschland das neue System aufbaut, sollte es vorübergehend seine vorhandenen Erzeugungskapazitäten in Kernkraft-, Wasserkraft- und Gas-Spitzenlast-Kraftwerken für die Grundlast beibehalten und gleichzeitig verstärkt auf Wärmepumpen, Wärmedämmung und intelligente Verbrauchsmessung setzen.

Dies würde es Deutschland ermöglichen, die derzeitige Stromnachfrage von etwa 500 Terawattstunden (TWh) zu ersetzen, weitere 510 TWh zusätzlichen Strom für Wärme und Verkehr zu erzeugen und bis zum Jahr 2035 einen massiven Überschuss an „Superstrom“ in Höhe von 1.636 TWh zu generieren.

Dabei wird das alte System nicht eins zu eins ersetzt, sondern es handelt sich um eine „Phasentransformation“ mit enormen Kaskadeneffekten für die gesamte deutsche Gesellschaft.

Das neue saubere Energiesystem wird sich durch eine völlig neue Dynamik und völlig neue Eigenschaften auszeichnen. Die so erzeugte Energie wird um eine ganze Größenordnung billiger sein als heute, mit Null-Grenzkosten für einen Großteil des Jahres.

Ein solcher Überfluss an sauberer Energie wird zu einer drastischen Senkung der Lebenshaltungs- und Industriekosten führen und neue Möglichkeiten für Geschäftsmodell-Innovationen und Wertschöpfung eröffnen, ähnlich wie es mit Null-Kosten-Informationen beim Internet der Fall war.

Deutschland wird zum Beispiel in der Lage sein, Leistung wie Wasserentsalzung und -aufbereitung, Abfallverarbeitung und -recycling, Metallverhüttung und -veredelung, Verarbeitung und Herstellung chemischer Produkte, Krypto-Mining, verteilte Datenverarbeitung und Kommunikation, Dekarbonisierung – und mehr – zu elektrifizieren.

Es gibt also keinen Grund, auf „Wundertechnologien“ oder „technologische Durchbrüche“ im Energiebereich zu warten. Deutschland muss lediglich die Skalierung bestehender Technologien beschleunigen, indem es die Hebelwirkung der Marktkräfte nutzt.

Das erfordert die Schaffung offener und wettbewerbsfähiger Strommärkte durch die Streichung aller Subventionen für Neu-Investitionen in fossile und konventionelle Energien, bei denen es sich nicht um Notfallmaßnahmen handelt; staatliche Unterstützung für die Elektrifizierung von Heizung und Kochen in Privathaushalten, sowie ein „Grundrecht auf Energie“, das einzelnen Menschen, Kommunen und Unternehmen die Erzeugung, Speicherung und den Handel von Strom ermöglicht. Deutschland sollte zudem seine Bevölkerung in der Übergangsphase von etablierten, wirtschaftlich veralteten Branchen hin zu neuen, boomenden „Elektrifizierungsbranchen“ unterstützen.

Nicht nur muss Deutschland keine neuen Fossil-, Atom-, Wasserstoff-, Wasser- oder Geothermiekraftwerke mehr bauen, sondern wird darüber hinaus ab 2035 auch nie wieder fossile Brennstoffe importieren müssen.

Das bedeutet jedes Jahr Einsparungen von Hunderten Milliarden Euro, die sich Jahrzehnt für Jahrzehnt zu Billionen Euro aufsummieren. Und mit diesen massiven wirtschaftlichen Einsparungen wird Deutschland in der Lage sein, seine saubere Energiewende weiter zu beschleunigen und die verbleibenden konventionellen Energieanlagen vollständig zu ersetzen.

Dies hat enorme Auswirkungen. Denn wenn die größte europäische Volkswirtschaft eine schnelle und kostengünstige Wende von der fatalen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu einem Überfluss an sauberer Energie schaffen kann, dann schafft der Rest Europas das auch.

**.) Der „Blut-Emir“ von Katar: Das ist unser neuer Gaslieferant,** „Er ist künftig einer der wichtigsten Partner Deutschlands: Der Emir von Katar, Scheich Tamim Al Thani, war am Freitag zu Besuch in Berlin: <https://www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/der-blut-emir-das-ist-unser-neuer-gaslieferant/> -

Er ist künftig einer der wichtigsten Partner Deutschlands: Der Emir von Katar, Scheich

Tamim Al Thani, war am Freitag zu Besuch in Berlin. Weil sein winziges Land auf einem Meer aus Flüssiggas sitzt, mit dem es russisches Gas ersetzen soll, wurde er in der deutschen Hauptstadt mit großem Bahnhof empfangen.

An Status-Bewusstsein mangelt es dem 41-Jährigen nicht. Mit zwölf Limousinen fuhr er durch die deutsche Hauptstadt. Die Fahrzeuge parkten – zum Ärger der Berliner –, wo es gerade passte. Der Diplomatenstatus macht es möglich.

Termine bei allen wichtigen Politikern

Und Al Thani hatte jede Menge Termine in Berlin. Beim Bundespräsidenten, beim Bundeskanzler und auch bei Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Dort wohnte er der Unterzeichnung eines Vertrags zur deutsch-katarischen Energiepartnerschaft bei. Der Emir pocht bei den Lieferverträgen auf lange Laufzeiten von 20 Jahren. Dabei plant Deutschland Erdgas wegen der Energiewende nur noch für wenige Jahre zu nutzen, um dann komplett auf grünen Wasserstoff umzurüsten.

**.) Die Erklärung: Mehr Eis, bitte!** „Ausgerechnet Putin wirbt neue Mitglieder für die Nato. Aber warum sind Schweden und Finnland noch nicht dabei? Und welche Folgen hätte ein Beitritt? : <https://taz.de/Die-Erklärung!/5854023/>

Die finnische und die schwedische Flagge flankieren das Nato-Symbol.

Wieso sind Schweden und Finnland nicht schon längst in der Nato?

Die Nato entstand 1949 als Verteidigungsbündnis westeuropäischer und nordamerikanischer Staaten zum Schutz vor Angriffen durch Deutschland oder durch die Sowjetunion. Schweden war nicht dabei – es verfolgt seit den Napoleonischen Kriegen, als es 1809 Finnland an das russische Zarenreich abtreten musste, eine Politik der Neutralität und machte schon beim Ersten und Zweiten Weltkrieg nicht mit.

Finnland durfte nicht dabei sein – es wurde [1939](#) von der Sowjetunion angegriffen, [kämpfte](#) später auf Deutschlands Seite gegen die Sowjetunion und sicherte seine Unabhängigkeit zu Kriegsende nur durch Blockfreiheit.

Blockfreiheit, Neutralität – ist das nicht gut?

Mit seinem Überfall auf die Ukraine hat Russland deutlich gemacht, dass es bereit ist, Nachbarn anzugreifen, um seine Interessen durchzusetzen. Finnland hat eine über 1.300 Kilometer lange Grenze mit Russland und sieht sich als potenzielles Opfer russischen Revanchismus'. Schweden ist in der Ostsee ein unmittelbarer Nachbar Russlands, das die Ostsee-Exklave Kaliningrad hochgerüstet hat.

Auch die öffentliche Meinung in beiden Ländern hat sich gewandelt. Die alte Generation, zu Sowjetzeiten aufgewachsen, als in finnischen Schulbüchern eine sowjetische Sicht auf die Geschichte gelehrt wurde und sogar die

Bücher [Solschenizyns](#) verboten waren, ist nicht mehr dominant. Eine junge, oft weibliche, weltoffene und progressive Politikergeneration, die nach dem Ende des

Kalten Krieges aufwuchs, hat sie abgelöst.

Sie identifiziert sich mit den ebenfalls von jungen Politikern regierten baltischen Staaten und sucht selbstbewusst den Schulterchluss gegen einen rückwärtsgewandten, imperial-konservativen Nachbarn, der aus seinen Großmachtansprüchen keinen Hehl macht.

Ganz Skandinavien in der Nato – kommt da ein anderer Kalter Krieg auf uns zu?

Bei Anhörungen im US-Kongress diese Woche wurde hervorgehoben, dass der Nato-Beitritt Schwedens und Finnlands die Nato nicht nur in der Ostsee, sondern auch in der gesamten Arktis stärkt. Der „[Arktische Rat](#)“, einziges Forum aller Arktisanrainer zur Deeskalation rund um den Nordpol, ruht seit der russischen Invasion der Ukraine – Russland hält den Vorsitz, alle anderen Mitglieder haben ihre Mitarbeit suspendiert. US-Militärkreise, die über den Ukrainekrieg hinausdenken, haben längst die Arktis als nächsten möglichen Brennpunkt der Nato-Russland-Konfrontation ausgemacht. Denn mit der Polarschmelze öffnet sich die Arktis für Fischerei und Rohstoffausbeutung, es entsteht zumindest im Sommer eine neue, viel kürzere Handelsroute zwischen Europa und Ostasien an Russlands Nordküste entlang. Moskau hat daher ein strategisches Interesse am Klimawandel, es will sich als dominante militärische Macht in der Arktis positionieren und testet seine Grenzen immer wieder aus.

Erst in dieser Woche hat die russische Marine Manöver in der norwegischen Wirtschaftszone in der Barentssee abgehalten und diese sogar für norwegische Schiffe gesperrt. Schwedische und finnische Streitkräfte sind polartauglich und bieten Norwegen eine wichtige Verstärkung – Schweden und Finnland operieren bereits nach Nato-Standard, halten mit Nato-Staaten gemeinsame Manöver ab, kooperieren in der Luftraumüberwachung, und die skandinavischen Streitkräfte arbeiten längst eng zusammen. Ein möglicher zukünftiger Brennpunkt ist Spitzbergen, das Russland nur so lange als Teil Norwegens anerkennt, wie sie demilitarisiert bleiben – nach den Erfahrungen der Ukraine ein instabiles Konstrukt.

.) **»Die USA wollen keinen Frieden«** : <https://www.jungewelt.de/artikel/427019.folgen-der-nato-politik-die-usa-wollen-keinen-frieden.html> -

Oskar Lafontaine bei einer Kundgebung der IG Metall im saarländischen Völklingen - Oskar Lafontaine (Jahrgang 1943) war 13 Jahre lang Ministerpräsident des Saarlandes und von 1995 bis 1999 SPD-Vorsitzender. 1998 wurde er Finanzminister im ersten Kabinett von Gerhard Schröder, legte sein Amt aber wegen der Kritik an der »rot-grünen« Regierung im März 1999 nieder. Er ist Mitbegründer der Partei Die Linke, deren Kovorsitzender er von 2007 bis 2010 war. Von 2009 bis 2022 war er Fraktionsvorsitzender im Saarländischen Landtag. Im März gab er seinen Austritt aus der Partei Die Linke bekannt.

An diesem Sonnabend findet ein hybrider Kongress mit dem Titel »Ohne NATO leben

– Ideen zum Frieden« an der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Dort wird Oskar Lafontaine gemeinsam mit Gabriele Krone-Schmalz auf einem Podium zum Thema »NATO, Russland und der Krieg in der Ukraine« sprechen. Informationen unter: <https://kurzelinks.de/friedensbewegung> Text unter dem o.a. Link!

### **.) Internationale grenzenlose Solidarität! Angriff auf das Polnische Konsulat in**

**Hamburg** : [https://theworldnews.net/de-news/angriff-auf-polnisches-konsulat-in-hamburg-polizei-](https://theworldnews.net/de-news/angriff-auf-polnisches-konsulat-in-hamburg-polizei-nimmt-drei-manner-fest)

[nimmt-drei-manner-fest](https://theworldnews.net/de-news/angriff-auf-polnisches-konsulat-in-hamburg-polizei-nimmt-drei-manner-fest) - „...Bereits vor Wochen hat die polnische Regierung den Bau einer Mauer an der Belarussischen Grenze angekündigt. Der Bau hat bereits begonnen und wird in den nächsten Monaten mit Hilfe britischer Pioniertruppen und mehrerer polnischer und internationaler Stahl- und Materialfirmen kontinuierlich fortgesetzt...“

Früh am 21. Mai

wurde das Polnische Konsulat in Hamburg (Gründgensstraße 20) mit Farbe und Steinen angegriffen. Auf einer Zufahrtsstraße brannten Barrikaden.

Seit Anfang des Jahres wird für Millionen ein weiterer befestigter Zaun an einer EU-Aussengrenze gebaut, der die rassistische Herrschaft Europas und ihren Wohlstand sichern soll. Im letzten Urwald Europas, zwischen Belarus und Polen, erfrieren geflüchtete Menschen, sie werden misshandelt und letztendlich in Lager gesperrt, die Gefängnisse sind, und von wo aus sie wieder dorthin abgeschoben werden, wo sie Armut, Gewalt, Elend ..., der Wunsch nach anderen Lebensbedingungen zur Flucht gebracht haben.

Seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine und dem blutigen tobenden Krieg dort sind viele Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Die Reaktion in Deutschland und anderen europäischen Ländern ist ganz anders als gewohnt. Es scheint gar unendliche Ressourcen und Bereitschaft für humanitäre Hilfe in dieser Krise zu geben (und die Unterstützung und Solidarität für ALLE Menschen, die dem Krieg entfliehen ist absolut richtig). Staaten, besonders der polnische Staat, und Politiker:innen, wie beispielsweise Orban in Ungarn, die die letzten Jahre besonders durch ihre rassistische und misogynen Politik auffielen, sind auf einmal wieder akzeptierte hilfsbereite Europäer:innen. Es herrscht Einigkeit. Warum?! Weil es sich abgesehen von strategischem Lagerdenken zu einem großen Teil um weiße Menschen handelt, die aus der Ukraine fliehen. Weiße Vorherrschaft bahnt sich ihren Weg und findet sich in all unseren Köpfen wieder. Gerade deswegen sollten gerade jetzt die besonders unterstützt werden, von denen nicht gesprochen wird, die keine Lobby haben, die egal an welchem Ort die Ausgeschlossenen sein werden, wenn wir nicht anfangen dieser Scheiße etwas entgegen zu setzen. Solidarität mit den Black und People of Colour auf der Flucht sowie im rassistischen Alltag. Solidarität mit den Sinti und Roma, denen die Ausreise aus der Ukraine verwehrt wird.

Homophobie und sexistische Politik, Gesetzgebung und Bildung sind der jahrelange

Kurs der PIS-Partei und ihrer Anhänger:innen. Es gibt außerdem ein de facto Abtreibungsverbot in Polen. Diese Aktion ist auch ein solidarischer Gruß an die Frauen\* und die LGBTQ Community, die in Polen gegen diese Scheiße kämpfen. In Zeiten wie diesen zeigt sich die Staatlichkeit von ihrer hässlichsten Seite und die nationale, europäische, militaristische Hegemonie lässt uns die Haare zu Berge stehen und die Kotze hochkommen. Staaten, Grenzen und all diese freiheitsfeindlichen Konstrukte und Strukturen müssen angegriffen werden, denn sie können nicht verbessert, nicht reformiert werden.

**.) Fotoreihe 21.05.2022, FIGHT FOR SOLIDARITY, Stoppt die Kriminalisierung von Flucht und Seenotrettung :** <https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20220521/album/index.html> -  
**aus dem** Foto-Archiv-Kollektiv im Archiv der Sozialen Bewegungen  
c/o Rote Flora · Achidi-John-Platz 1 (Schulterblatt 71) · 20357 Hamburg  
asb.nadir.org · Tel. 040 433007 · mail: [fak@nadir.org](mailto:fak@nadir.org)  
Öffnungszeiten: Montags 15:00 - 20:00 Uhr

**.) Angriff auf Tschernobyl: Welche Zerstörungen die russischen Truppen beim Katastrophen-Reaktors hinterlassen haben:**

<https://programm.ard.de/TV/Programm/Sender/?sendung=281064000677731> - Fünf Wochen lang stand das Kernkraftwerk von Tschernobyl unter russische Besatzung. In dieser Zeit zerstörten Soldaten Ausrüstungen und Labors der dortigen Strahlentechniker. Bis heute fehlen wichtige Messwerte, berichtet *Daniel Hechler*.

**.) Impfgegner und Pro-Putin-Freunde bei gemeinsamer Demo in Hamburg :**  
<https://newstral.com/de/article/de/1220730100/impfgegner-und-pro-putin-freunde-bei-gemeinsamer-demo-in-hamburg> - Rund 700 Menschen sind am Samstagnachmittag in der City auf die Straße gegangen. Impfgegner, Querdenker und Pro-Putin-Freunde trafen sich zu einer gemeinsamen Demo für ihre jeweiligen Ziele.

**.) Armutsdiskussion bei steigender Inflation: Ärmer heißt nicht arm,** „Die Inflation liegt auf einem Rekordhoch. „Wir werden ärmer“, sagen nun Politiker\*innen. Aber wer sind eigentlich „wir“? : <https://taz.de/Armutsdiskussion-bei-steigender-Inflation/!5853997/> - Zu wenig Geld für eine Wassermelone: Solche Momente beschreiben Armutsbetroffene -

Anfang der Woche twitterte Luffy Lumen: „#IchBinArmutsbetroffen hieß für mich heute im Supermarkt zu stehen, die Preise zu sehen und fast zu weinen. Eigentlich wollte ich heute endlich meinen Kindern den Wunsch nach einer Wassermelone erfüllen, die sie seit Wochen haben wollen. Ich musste sie wieder enttäuschen.“

Hinter dem Twitter-Handle verbirgt sich eine 31-jährige Mutter, die sich aktuell zur Pflegefachkraft ausbilden lässt und ihren Lohn aufstocken muss, um zu überleben. Sie ist eine von vielen armen Menschen, die seit gut einer Woche unter #IchBinArmutsbetroffen Ausschnitte ihrer Lebensrealitäten teilen. Es gibt Berichte darüber, wie es sich anfühlt, wenn ab Mitte des Monats nur noch 80 Euro auf dem Konto sind, oder wenn das Geld nicht mehr fürs Heizen reicht. Die Menschen erzählen von unangenehmen Amtsbesuchen, von Stigmatisierung, Scham und Ausgrenzung, die sie tagtäglich erfahren.

Laut Statistischem Bundesamt ist man dann arm, wenn man als Singlehaushalt weniger als 1.074 Euro monatlich zur Verfügung hat. 16 Prozent der Deutschen fallen unter diese Armutsgefährdungsschwelle, das sind mehr als 13 Millionen Menschen. Und diese Zahlen sind von 2019, also noch vor der Pandemie und der starken Inflation, sie bilden nicht die gegenwärtige Realität ab.

**.) „Kiew wird alles zurückholen“, „Präsident Selenski ist der Ansicht, der Krieg könne nur durch Diplomatie beendet werden: <https://taz.de/-Nachrichten-im-Ukrainekrieg-/!5856128/>**

- Ungeachtet der Niederlage in der Hafenstadt Mariupol hat die ukrainische Armee nach Überzeugung von Präsident Wolodimir Selenski Russlands Streitkräften großen Schaden zugefügt. Die Ukraine habe der russischen Armee „das Rückgrat gebrochen“, sagte Selenski in einem am Samstag ausgestrahlten Fernsehinterview. „Sie werden die nächsten Jahre nicht mehr auf die Beine kommen“, sagte der 44-Jährige. Kurz zuvor hatten sich die letzten mehr als 2.400 ukrainischen Verteidiger der Hafenstadt im Südosten des Landes ergeben und in russische Gefangenschaft begeben.

Kiew werde sich alles zurückholen, betonte Selenski. Eine Rückkehr zu den Frontlinien von vor dem 24. Februar – der Tag, an dem Russlands Angriffskrieg begann – werde bereits als Sieg gelten. „Das wird bedeuten, dass sie uns nicht erobert und wir unser Land verteidigt haben“, sagte der Staatschef. Der Weg dorthin werde jedoch sehr schwierig. Am Ende stehe dann die Diplomatie

**.) Italien erarbeitet einen Friedensplan:**

<https://www.bote.ch/nachrichten/international/ukraine-italien-erarbeitet-friedensplan;art46446,1403845>

- Italien hat nach den Worten seines Aussenministers einen Plan für eine Friedenslösung im Ukraine-Krieg entwickelt. "Es braucht jetzt eine diplomatische Gegenoffensive", sagte Luigi Di Maio im Interview der Zeitung "La Stampa" (Samstag). Derzeit versuchten nur einzelne Staaten zu vermitteln, kritisierte der 35-Jährige. Nun wolle man alle relevanten internationalen Organisationen dazu bringen, mitzuarbeiten. Ein erstes Ziel sei, lokale Kampfpausen zu erreichen, danach solle ein Waffenstillstand, die Arbeit an der Neutralität und am Ende ein Friedensabkommen folgen.